

Kommission für Wirtschaft und Abgaben
des Nationalrats
Herr Kommissionspräsident Thomas Aeschi
3003 Bern

per Mail an:
wp-sekretariat@seco.admin.ch

Bern, 25. November 2025

Pa. Iv. 23.462 «Klare Spielregeln für Bundesunternehmen im Wettbewerb mit Privaten»: Vernehmlassung»

Sehr geehrter Herr Kommissionspräsident

Besten Dank für die Einladung zur oben erwähnten Vernehmlassung. Der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) nimmt dazu im Folgenden gerne Stellung.

In Umsetzung der Parlamentarischen Initiative 23.462 «Klare Spielregeln für Bundesunternehmen im Wettbewerb mit Privaten» schlägt Ihre Kommission hiermit eine Änderung der Postgesetzgebung (Postorganisationsgesetz (POG) und Postgesetz (PG)) vor. Mit dieser Änderung sollen die regulatorischen Rahmenbedingungen für das Handeln der Post im Wettbewerb mit privaten Unternehmen angepasst werden. Dies erstens durch eine Präzisierung des Unternehmenszwecks der Post, zweitens durch eine Verschärfung des bereits heute existierenden Verbots der Quersubventionierung zwischen Grundversorgung und wettbewerblichem Bereich sowie drittens durch die Einführung eines Rechtsschutzes für Mitbewerber:innen der Post. Der SGB lehnt diese Vorlage rundweg ab und begründet dies im Folgenden.

Die präsentierte Vorlage hat mit der von ihren Befürworter:innen proklamierten Idee eines «fairen Wettbewerbs» nichts zu tun, sondern sie ist ein Frontalangriff auf die Schweizerische Post und damit auf den postalischen Service public im weiteren Sinne. Letztlich würde damit ein genereller Innovationsstopp sowie ein starker Rückbau der Grundversorgung verfügt. Die gravierenden Folgen wären ein starker Verlust von Arbeitsplätzen sowie ein steigendes Risiko für die künftige Notwendigkeit staatlicher Subventionen und/oder Rettungspakete. Denn wenn die Post teilweise oder gar gänzlich auf ihre Geschäfte ausserhalb der Grundversorgung zu verzichten hätte, dann müsste sich die Politik auch von der Realität der eigenwirtschaftlich erbrachten Grundversorgung verabschieden bzw. dazu bekennen, dass sie der Post künftig kein selbsttragendes Geschäftsmodell mehr zugesteht. Ob die Post die Grundversorgung aus eigenwirtschaftlicher Kraft erbringen kann oder nicht, leitet sich letztlich einzig daraus ab, wie umfangreich die – politisch stattzufindende – Definition dieser Grundversorgung ausgestaltet ist (und ob der Post dafür teilweise ein Monopol zugestanden wird) und in welchen weiteren Geschäftsfeldern die Post tätig sein und die daraus erzielten Gewinne zur Finanzierung der Grundversorgung verwenden darf.

Bereits heute sind die Fesseln der Post im Rahmen des von ihr zu erfüllenden Auftrags zu eng. Denn die Post darf zwar Erfolgsüberschüsse ihrer weiteren Geschäftssparten zur Finanzierung der

Grundversorgung verwenden, jedoch wird ihr gleichzeitig im Bereich der Finanzdienstleistungen seit jeher regulatorisch ein Wettbewerbsnachteil aufgebürdet: Die PostFinance wird aufwandseitig behandelt wie eine Grossbank (Finma-Vorgaben), sie darf sich aber ertragsseitig nicht so verhalten (Hypothekarkreditvergabeverbot). Vor diesem Hintergrund – und angesichts der Tatsache des zu Recht relativ umfangreich definierten Grundversorgungsauftrags sowohl in der postalischen Grundversorgung als auch in der Grundversorgung mit Finanzdienstleistungen – ist es eigentlich sehr beeindruckend, dass die Post ihren Auftrag immer noch aus eigenwirtschaftlicher Kraft zu erbringen vermag. Selbst rechnet die Post damit, dass das Konzernergebnis unter unveränderten Rahmenbedingungen erst circa im Jahr 2030 negativ werden würde.

Im Lichte dieser Entwicklungen ist die von Ihrer Kommission präsentierte Vorlage materiell nicht nachvollziehbar und sie fällt auch prozedural aus dem Rahmen. Denn der Bundesrat hat erst im Spätsommer eine umfassende Revision der Postgesetzgebung angekündigt (die Gewerkschaften sehen die dazu präsentierten Eckwerte jedoch sehr kritisch). In Anbetracht der dazu laufenden Arbeiten müsste die Beratung des vorliegenden Geschäfts zumindest sistiert werden, so wie dies auch eine Kommissionsminderheit fordert. Denn die geplante Revision der Postgesetzgebung wird Auswirkungen haben auf die Ausgestaltung des Angebots, das Dienstleistungsportfolio, die strategische Weiterentwicklung und den Finanzbedarf der Post. Eine isolierte Diskussion über die Finanzierungsmöglichkeiten der Post durch selbstgewählte Tätigkeiten abseits der Grundversorgung ist vor diesem Hintergrund weder seriös noch zielführend.

Soweit unsere allgemeinen Ausführungen. Im Folgenden darüber hinaus vier spezifische Bemerkungen zu den unterschiedlichen Elementen der Vorlage:

- Die in Art. 3 Abs. 1 und Abs. 4 VE-POG vorgeschlagene Einschränkung des Unternehmenszwecks ist, wie bereits erwähnt, abzulehnen. Die Post muss auch künftig digitale Dienstleistungen erbringen dürfen, um den Service public zukunftsfähig zu gestalten. Eine eng gefasste Zweckformulierung würde innovative Angebote wie E-Voting, das elektronische Gesundheitsdossier oder den Betrieb von Geschäftssoftwarelösungen verunmöglichen. Dabei hat die Post gerade in diesen Bereichen Lücken gefüllt bei Dienstleistungen, die anderswo kaum so entwickelt worden wären oder für die es auf dem Markt keine passende Alternative zu einem vernünftigen Preis gibt. Diese Angebote sind nicht nur gesellschaftlich relevant, sondern auch wirtschaftlich sinnvoll (insbesondere für Kleinunternehmen).
- Die ebenfalls in Art. 3 Abs. 1 VE-POG vorgesehene Einschränkung des Handlungsspielraums der Post im digitalen Bereich auf den Bereich der Infrastruktur ist verfehlt. Die Post muss auch Anwendungen und Dienste entwickeln dürfen, die auf dieser Infrastruktur aufbauen. Die Einschränkung auf die Bereitstellung von Infrastruktur und Plattformen wäre innovationsfeindlich und würde die Post in ihrer Entwicklung behindern (zumal dies nur Kosten aber keinen Ertrag generiert).
- Die in Art. 3 Abs. 5 VE-POG vorgesehene Einführung eines individuellen Rechtsschutzes «zur Überprüfung der Zweckkonformität von Tätigkeiten der Post» lehnen wir ebenfalls klar ab. Der Rechtsschutz ist heute bereits durch die Wettbewerbskommission gewährleistet. Eine zusätzliche Prüfung durch die PostCom schafft nicht mehr Rechtssicherheit, sondern führt zu Rechtsunsicherheit und Doppelspurigkeiten, und damit zu unabsehbarem bürokratischen Mehraufwand für alle Beteiligten.

- Die in Art. 19 VE-PG vorgesehene Verschärfung des Quersubventionierungsverbots für die Post lehnen wir ab. Das bestehende, mehrstufig überprüfte Quersubventionierungsverbot gründet auf international gängigen Regeln und ist damit umfassend anerkannt. Wenn die Post nur noch Unternehmensteile betreiben darf, welche nicht gewinnbringend sind, dann ist das faktisch ein Tätigkeitsverbot in allen Bereichen ausserhalb des bisherigen Zweckartikels. Die Akquisition von Unternehmen hat heute entweder zum Ziel, mittelfristig Synergiegewinne zu erzeugen oder aber bereits geschaffene Innovation zu erwerben und in der Folge in die Gewinnzone zu entwickeln. Ohnehin macht es wenig Sinn, Tätigkeitsbereiche und Finanzierungsmöglichkeiten getrennt voneinander zu diskutieren. Die Frage der Finanzierbarkeit des Service public hat die Kommission aber ausgeklammert.

In diesem Sinne hoffen wir auf die Berücksichtigung unserer Stellungnahme und danken Ihnen im Voraus herzlich.

Freundliche Grüsse

SCHWEIZERISCHER GEWERKSCHAFTSBUND



Pierre-Yves Maillard
Präsident



Reto Wyss
Zentralsekretär